

*Jörg Roesler*

## **1989 ökonomisch am Ende? Die DDR-Wirtschaft in ihrem 40. Jahr**

Das Urteil über die Wirtschaft der DDR im Jahre 1989, in ihrem 40. Jahr, steht schon lange fest. Es wurde von bundesdeutschen „DDR-Experten“ bereits Anfang der 1990er Jahre gefällt. Hermann Weber, der Nestor der DDR-Forschung, sprach bereits 1991 in einer neuen, erweiterten Neuausgabe seiner DDR-Geschichte davon, dass in der DDR-Wirtschaft „der technologische Rückstand dramatisch“ gewesen sei, dass sie 1989 „den Anschluss schon längst verloren“ hatte, dass die DDR „vor einem Kollaps stand.“ (Weber, 200, 203). Der Wirtschaftswissenschaftler und Journalist Henning Krumrey ging in seinem Urteil über den Zustand der DDR-Wirtschaft noch weiter, als er 1992 sein Urteil über die DDR-Wirtschaft fällte: „Egal ob alt oder neu – die Anlagen waren verschlissen und unrentabel, verdreckten die Umwelt und konnten mangels Geld und Material teilweise nicht einmal mehr repariert werden. Die Kommandowirtschaft hinterließ ... im großen und ganzen einen Schrotthaufen“. (Krumrey 14)

Weitaus weniger Verbreitung gefunden haben anders geartete bzw. gegenteilige Einschätzungen über den Zustand der DDR-Wirtschaft Ende der 1980er Jahre. Siegfried Wenzel, bis 1989 leitendes Mitglied der obersten Wirtschaftsbehörde der DDR, der Staatlichen Plankommission, spricht in seiner von ihm als „Versuch einer Abschlussbilanz“ bezeichneten Publikation zur DDR-Wirtschaft „von der Tatsache einer im Ganzen funktionierende Wirtschaft“ und eines funktionierenden Außenhandels. (Wenzel, 63)

Der von den sehr unterschiedlich ausfallenden Aussagen über die DDR-Wirtschaft in ihrem 40. Jahr gestresste Leser fragt sich: Wer hat recht? Liegt die Wahrheit vielleicht in der Mitte? Damit er sich anhand von Fakten und nicht nur von Urteilen ein Bild machen kann, soll der Ablauf des Wirtschaftsjahres 1989 detaillierter vorgestellt werden, eines Planjahres wie alle seine Vorgänger seit 1949.

### **Planziele und -probleme im Wirtschaftsjahr 1989**

Der Jahresplan für 1989 basierte, wie in der DDR seit 1951 üblich, auf einem Perspektivplan. Die Direktive für den „Fünfjahrplan 1986-1990“ war im April 1986 auf dem XI. Parteitag der SED beschlossen worden. Der Plan sah ein durchschnittlich jährliches Wachstum des produzierten Nationaleinkommens von 4,8 bis 5,0 Prozent vor. Für die Industrie waren deutlich höhere Zuwachsraten und eine entsprechende Steigerung der Arbeitsproduktivität vorgesehen. Der Verbrauch an volkswirtschaftlich wichtigen Rohstoffen und Materialien war in der Industrie um 4,0 Prozent pro Jahr zu senken, die Selbstkosten um 2,2 Prozent. (Direktive, 22) Das waren, so schätzt es Siegfried Wenzel ein,

ehrgeizige Ziele. Sie gingen davon aus, dass in Fortführung des auf dem Import von sowjetischem Rohöl beruhenden Projektes „Erdöl tiefer spalten“ und dem Export von Produkten der Erdölverarbeitung die DDR wie in vorangegangenen drei Jahren ihre Devisenschulden weiter würde verringern könne. Doch bereits noch 1986 fielen die Erdölpreise auf dem Weltmarkt dramatisch. Entsprechend tief sanken die Erlöse der DDR aus dem Export von Erdölprodukten ab, ihre Valutaverschuldung schnellte erneut empor und das brachte die gesamte DDR-Wirtschaft in Bedrängnis. Die vorgesehenen Steigerungsraten für das produzierte Nationaleinkommen wurden in keinem der ersten drei Jahre des Fünfjahrplanzeitraumes erreicht, sie lagen zwischen 2,8 und 3,3 Prozent. (Stat. Jahrb. 90, 13)

Ende Januar 1989 lagen die wirtschaftlichen Ergebnisse für das Planjahr 1988 vor. Sie ermöglichten eine realitätsnahe Diskussion der Problemen des Planes für 1989 auf den Politbürositzungen vom 7., 14. und 21. Februar 1989. Kategorisch hieß es nunmehr im Politbüro: „Zur Planerfüllung keine zusätzlichen NSW-Importe (d. h. aus dem westlichen Ausland, dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet – J. R.) möglich.“ Angesichts der hohen Westverschuldung der DDR stand für das Planjahr 1989 die Aufgabe, den „NSW-Importplan um 650 Mill. Mark zu senken“. Das betreffe auch Markenwaren im Konsumbereich. Wichtig sei „die ständige Überprüfung der Notwendigkeit von NSW-Importen bei Bilanzorganen und Verbrauchern.“ Die Betriebe müssten veranlasst werden, bisher aus dem Westen bezogene Güter „durch Rationalisierungsmittelbau aus eigenem Aufkommen zu decken“. Entsprechende Maßnahmen sollten bis zur Leipziger Frühjahrsmesse 1989 materiell vorbereitet sein, „sonst gibt es Schwierigkeiten mit der Zahlungsbilanz“. Nicht nur die Abdeckung des Eigenbedarfs aus eigenen Mitteln müsse erhöht werden, verlangte Günter Mittag, ZK-Sekretär für Wirtschaft: Man müsse auch dann Ostexporte kürzen, wenn diese Waren, z. B. der Elektronik/Elektronik, im NSW absetzbar seien. Auch vor einer anderen „heiligen Kuh“ schreckte Mittag nicht zurück. Die Rüstungsausgaben müssten gekürzt werden, um die Mittel für die zusätzliche Produktion von Exporterzeugnissen und Konsumgütern einzusetzen. „Die Umstellung der Verteidigungsproduktion muss ohne Zeitverluste vollzogen werden.“ (BArch DY30 IV 2/2039 Nr. 70)

Eine mit den Februar-Sitzungen des Politbüros der SED vergleichbare Diskussion der Realisierung des Planes 1989 – diesmal für die ersten sieben Monate des angelaufenen Planjahres – fand auf der Kontrollberatung des ZK der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate und den Parteiorganisatoren des Zentralkomitees der SED am 31. August 1989 in Leipzig statt. In seinem einem Rechenschaftsbericht gleichkommenden Referat stellte Günter Mittag fest, dass bis Ende Juli 69 zentralgeleitete und 37 bezirksgeleitete Kombinate alle Hauptkennziffern des Planes erfüllt hätten. Von den besonders wichtigen Staatsplanpositionen seien 344 von 383 realisiert worden. 39 wurden nicht erfüllt. Das sei, so tönte Mittag, „gegenüber dem Vorjahr ein Fortschritt“. (Mittag, 8) Allerdings hätten die Nichterfüllung dieser Staatsplanpositionen „große volkswirtschaftliche Auswirkungen. Das bringt sowohl Diskontinuität hervor,

treibt Kosten in die Höhe und führt zu Forderungen nach Importen – ein Weg der nicht (mehr) gangbar ist“. In diesem Zusammenhang ging der Wirtschaftssekretär – sich unmittelbar an die Direktoren der Kombinate wendend – auf durch verstärkte Exportanstrengungen eingetretene „Lieferrückstände bei Produktion von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung“ ebenso ein wie auf angestiegene „Kosten für Ausschuss und Nacharbeiten“ (Mittag, 9-10). In einer an das Politbüro weiter gegebene Information über die Leipziger Tagung hieß es, dass auf der Kontrollberatung „deutlich“ geworden sei, „dass weitere Fragen der materiell-technischen Sicherung zur Planerfüllung 1989 noch zu klären sind.“ (BArch DY 30 IV 2039 Nr. 77)

Ungeachtet dieser und anderer Probleme rief Mittag auf der Kontrollberatung im August – ähnlich wie Honecker auf der ZK-Tagung vom 7. Februar 1989 – um den Jahresplan zu erfüllen, dazu auf, „die insgesamt erreichte positive Entwicklung fortzuführen und an Tempo zuzulegen“ (Mittag, 5). Das war eine Aufforderung, die den Charakter einer bloßen Mutmache trug. Im Monat August verminderte sich die Zahl der nichterfüllten Staatsplanpositionen lediglich um vier, von 39 auf 35. Im September zeigten noch 59 Kombinate (gegenüber 69 Ende Juli) die Nichterfüllung ihrer laufenden Pläne an. (BArch DY 30 2039 Nr. 77)

Ab Mitte Oktober hatten Politbüro und Staatliche Plankommission eine zusätzliche „Störung“ zu berücksichtigen. Die Montagsdemonstrationen in Leipzig gegen die Politik von Honecker und Mittag nahmen Massencharakter an. Erich Honecker wurde zum Rücktritt gezwungen, Günter Mittag verlor im November das Kommando über die DDR-Wirtschaft. In seiner Antrittsrede vor der Volkskammer Mitte November machte der neue Regierungschef, Hans Modrow, erstmals öffentlich, was bisher von SED-Führung und Staatlicher Plankommission nur hinter verschlossenen Türen als Problem diskutiert worden war: „Die für 1986 bis 1990 geplanten Produktionsleistungen bleiben hinter den Zielen beträchtlich zurück.“ (Neues Deutschland v. 17./18.11.1989)

Welche der für 1989 gesteckten Wirtschaftsziele wurden im 40. Jahr der DDR tatsächlich erreicht?

## **Die Leistungen der DDR-Wirtschaft im Jahre 1989**

1989 wuchs das produzierte Nationaleinkommen der DDR weiter, gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent. Das war im bisher abgelaufenen Fünfjahrplan (1986-1989) allerdings die niedrigste Zuwachsrate. Sie lag aber nicht dramatisch niedrig verglichen mit 2,8 Prozent im Vorjahr. Das für den Verbrauch im Inland zur Verfügung stehende Nationaleinkommen war 1989 deutlich weniger, um 1,6 Prozent gewachsen. (Stat. Jahrb. 90, 14) Das war das Ergebnis der Anstrengungen der DDR-Wirtschaftsführung, durch einseitige Steigerung der Exporte an Gütern ins westliche Ausland zusätzlich Devisen zu erwirtschaften, um Devisenschulden abzutragen.

Ausgeprägter als beim Nationaleinkommen war die Verlangsamung des Wachstums in der Industrie, dem mit Abstand wichtigsten Bereich der DDR-

Wirtschaft, für den die Zuwachsrate 1989 gegenüber der des Jahres 1988 von 3,5 auf 2,2 Prozent fiel, wobei sie 1986, im ersten Jahr des laufenden Fünfjahrplans, noch bei 5,4 Prozent gelegen hatte. (Stat. Jahrb. 90, 13) Erreicht wurde das 1989er Wirtschaftswachstum, indem 77,1 Mrd. Mark investiert wurden, etwas mehr als im Jahr zuvor (76,4 Mrd. Mark) (Stat. Jahrb. 90, 15). Im Ergebnis fortgesetzter Investitionstätigkeit hatte sich der Grundmittelbestand in Industrie, Landwirtschaft und Verkehr auch 1989, wie in den vorangegangenen Jahren des Fünfjahrplans, erhöht. (Stat. Jahrb. 90, 17)

Aus dem Zahlenmaterial ergibt sich: Die DDR hatte auch 1989 nicht aufgehört auf ihrem Weg als eines der weltweit führenden Industrieländer voranzuschreiten, wenn auch mit gegenüber dem Vorjahr bzw. den Vorjahren des Fünfjahrplanzeitraums z. T. verringerter Geschwindigkeit. Ihr Platz lässt sich anhand einer der aussagekräftigsten Kennziffern für die Wirtschaftsentwicklung in den 1980er Jahren nachweisen, dem Elektrifizierungsgrad. Im Pro-Kopf-Verbrauch lag die DDR Ende der 1980er Jahre (1988) mit 7.110 Kilowattstunden etwa auf dem Niveau der Bundesrepublik (7.017) und Frankreichs (7.016), leicht über dem Belgiens und deutlich über dem Pro-Kopf-Energieverbrauch Großbritanniens. (Stat. Jahrb. 90, Anhang 18)

Sicher wies die DDR gegenüber ihren westeuropäischen Nachbarn technologische Rückstände auf einer Reihe von Gebieten wie vor allem der Elektronik auf – ungeachtet ihrer Anstrengungen im Bereich der Mikroelektronik. Jedoch haben diese Rückstände bis Ende der 1980er Jahre die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung der DDR insgesamt und deren wirtschaftliche Stellung, verglichen mit benachbarten westlichen Industrieländern (noch) nicht ausbremsen können. Die Entwicklung der DDR-Volkswirtschaft in ihrem 40. Wirtschaftsjahr widerspricht solchen heute weit verbreiteten Charakteristiken der DDR-Wirtschaft durch Historiker, die von einer „stagnierenden Wirtschaft“ (Weber, 202-203) sprechen, erst recht solchen, nach denen in den Kombinatbetrieben mit „musealen Gerätschaften“ (Krumrey 22) produziert werden musste, solchen deren „Zustand katastrophal“ war (zitiert in: Bollinger, 98).

Die DDR war wirtschaftlich keinesfalls bankrott. Diesbezüglich schreibt der Wirtschaftswissenschaftler Klaus Steinitz über die ostdeutsche Republik, fokussiert auf ihre finanzielle Lage: „Die DDR hat nie ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt und hat auch immer ihre Zahlungsverpflichtungen eingehalten.“ Und er fügt hinzu: „Sie kann daher auch nicht in einem übertragenen Sinne als bankrott bezeichnet werden.“ (Steinitz in: Bollinger: 99)

## **Die Auswirkungen der Wirtschaftslage der DDR auf den Lebensstandard der Bevölkerung und deren Reaktion**

Mit der Feststellung einer 1989 (noch) intakten Wirtschaft kann und soll aber nicht geleugnet werden, dass diejenigen DDR-Bürger, die im Herbst 1989 gegen die DDR-Regierung demonstrierten und die, als sie im März 1990 das erste Mal Gelegenheit hatten, gegen die Weiterexistenz der DDR stimmten, nachvollziehbare Gründe hatten, verärgert zu sein. Hier soll es zunächst ein-

mal um die materiellen Gründe gehen. Diese betrafen vor allem den Lebensstandard, seine (tatsächliche?) Verschlechterung in den letzten Jahren und sein (angeblich) unbefriedigendes Niveau im Vergleich zum anderen deutschen Staat, über das man sich in der DDR durch Rundfunk und Fernsehen schon vor Öffnung der Grenze am 9. November 1989 gut unterrichten konnte.

Wieweit lassen sich derartige Meinungen anhand der verfügbaren Daten bestätigen oder widerlegen? Inwieweit hatte die Unzufriedenheit mit dem Lebensstandard ihre Berechtigung?

Das letzte, unter der Regierung Lothar de Maizière im Juni 1990 veröffentlichte Statistische Jahrbuch der DDR gibt darüber anhand der weltweit verwendeten und vergleichbaren Messdaten Auskunft. Danach verbrauchte der DDR-Bürger, um mit einem der seinerzeitigen Kerndaten beim Lebensstandardvergleich zu beginnen, im Jahre 1989 durchschnittlich 99,3 kg Fleisch und Fleischerzeugnisse. Die Bundesdeutschen verzehrten im gleichen Jahre 100,2 kg. Der Unterschied war also nicht nennenswert, dagegen beträchtlich bei Obst und Südfrüchten (96,9 kg gegenüber 134,3 kg 1987). Dagegen lag der Gemüseverbrauch pro Kopf in der DDR Ende der 1980er Jahre deutlich höher als in der Bundesrepublik (106,0 kg gegenüber 74,4 kg). (Stat. Jahrb. 90, 54, Anh. 52). Was den Verzehr von Fleisch und Fleischerzeugnissen betrifft, so übertraf die DDR in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre westeuropäische Staaten wie Frankreich, die Niederlande, Großbritannien oder Österreich. Unter den im Statistischen Jahrbuch ausgewiesenen Industrieländern lag der Verbrauch lediglich in den USA um 20 Prozent höher. In Osteuropa war er im Jahre 1988, verglichen mit dem DDR-Verbrauch (= 100 Prozent), generell niedriger, in der Tschechoslowakei lag er bei 85,4 Prozent in Polen bei 75,5 Prozent und in der UdSSR bei 65,6 Prozent. (Stat. Jahrb. 90, Anh. 72). Von diesen Vergleichsdaten her gehörte die DDR nicht nur zu den modernen Industrieländern sondern verfügte auch beim Konsumgüterverbrauch ein diesen Ländern in etwa entsprechendes Niveau.

Berechtigte Unzufriedenheit über den Lebensstandard könnte bei DDR-Bürgern eher ein 1989 bzw. in den Jahren unmittelbar davor unzureichendes bzw. als unzureichend empfundenes Tempo der Verbesserung des Konsums hervorgerufen haben. Diesbezüglich sind die statistischen Daten aussagekräftiger. Danach stieg der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch und Fleischerzeugnissen in den Jahren 1986-1989 nur noch um 2,4 Prozent, während er in der ersten Hälfte der 1980er Jahre noch um 6,1 Prozent gestiegen war. Eine ähnliche Entwicklung weist die Statistik für Eier und Eierzeugnisse auf. Der Verbrauch von Südfrüchten stagnierte bereits seit Mitte der 1970er Jahre. (Stat. Jahrb. 90, 54) Bei sogenannten langlebigen technischen Konsumgütern verlangsamte sich seit 1987 der Trend zur höheren Ausstattung der Haushalten bei einigen begehrten Produkten wie Gefrierschränken, Haushaltswaschmaschinen, Farbfernsehempfängern und Pkw. (Stat. Jahrb. 90, 325) Das Gefühl, das offensichtlich eine Mehrzahl von DDR-Bewohnern im Herbst 1989 bzw. im Frühjahr 1990 hatten, dass es seit einigen Jahren beim Lebensstan-

dard nicht mehr so recht vorwärts ging, entbehrte also nicht jeder materiellen Grundlage, wenn es auch für eine generelle Verschlechterung der Lebenslage 1988/89 keine Anzeichen gab. Wohl aber wiesen viele Verbrauchszahlen darauf hin, dass das von der SED-Führung unter Honecker versprochene Aufholen und Einholen der DDR im Lebensstandard gegenüber der Bundesrepublik immer unwahrscheinlicher wurde.

Inwieweit das nachlassende Tempo der Verbesserung des Lebensstandards der Grund für die sich dann im Herbst 1989 und Frühjahr 1990 entladende Unzufriedenheit eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung war und wo diese einen Ausweg sahen, darüber können sich die Historiker seit Beginn der 1990er Jahre anhand von Berichten von SED, Blockparteien, Polizei, der Einheitsgewerkschaft FDGB, des Ministeriums für Staatssicherheit oder der Jugendorganisation FDJ informieren, die „Stimmungen und Meinungen“ der Bevölkerung seit den 1950er Jahren systematisch erfassten und die heute in den einschlägigen Archiven einsehbar sind. Einer von denen, die dies ausführlich getan haben, ist Ilko-Sascha Kowalczyk. Er hat „Stimmungen und Meinungen“ zur Kritik an der DDR-Führung unter der Arbeiterschaft in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre so zusammengefasst: Jegliche Zukunftshoffnung schien zerstoßen. Die Arbeitsbedingungen sind immer wieder als unmöglich angeprangert, die Probleme als „gesellschaftsimmanent“ hingestellt und die „Marktwirtschaft des Kapitalismus der sozialistischen Planwirtschaft als weit überlegen“ bezeichnet worden. Oft erinnerte man sich, in den 1970er Jahren sei es den Menschen besser ergangen. Hinzu kamen enttäuschte Hoffnungen: „Je älter unsere Republik wird, um so mehr haben wir erwartet, dass Engpässe langsam mal der Vergangenheit angehörten“. Stattdessen meldeten die Informanten unentwegt, was die Menschen alles beklagen: „Arbeiter kritisieren immer wieder Versorgungsfragen: zu lange Wartezeiten bei PKW-Bestellungen, schlechtes Warenangebot, unzureichende Dienstleistungsangebote, fehlende Ersatzteile. Beklagt wurde, dass Produkte in den Export gingen, die man selbst gern gehabt hätte.“ (In: Hübner, 55-56) Viele teilten offensichtlich die Meinung Magdeburger Gleisbauarbeiter von denen es in einem von Kowalczyk zitierten Bericht der Stasi vom Sommer 1989 hieß: „Es wurde eingeschätzt, dass viele Dinge des täglichen Bedarfs, außer Grundnahrungsmittel, nur noch mit großem zeitlichen, nervlichen und finanziellen Aufwand beschaffbar sind.“ (In: Hübner, 56)

Natürlich wurden in den Berichten vor allem Äußerungen Unzufriedener wiedergegeben. Aber nachweisbar ist, dass die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft sich auch in ihrer Haltung zu den ihnen übertragenen Arbeitsaufgaben, in nachlassender Leistungsbereitschaft, niederschlug. So berichtete der Bauminister der DDR im August 1989 von Arbeitszeitverlusten, die deutlich über die offiziell ausgewiesenen Warte- und Stillstandszeiten von sieben bis acht Stunden je Produktionsarbeiter und Jahr hinausgingen. Die tatsächlichen Arbeitszeitverluste würden nicht oder nur unvollständig registriert. Hielte man die gesetzliche Arbeitszeit ein, zitiert Hübner den Minister „könnte ein Leistungszuwachs von 10 bis 15 % erreicht werden.“ (Hübner, 22)

Wie reagierten die zuständigen Verantwortlichen in der SED und der Regierung der DDR auf derartige Verletzungen der Arbeitsdisziplin und die ihnen zugrunde liegende Unzufriedenheit über Arbeitsbedingungen und Versorgungsprobleme?

Am 2. Mai 1989 fasste das Politbüro des ZK der SED einen Beschluss zum Thema, demzufolge „die sozialistische Arbeitsdisziplin zu festigen und Maßnahmen zur vollen produktiven Nutzung der Arbeitszeit zu treffen“ seien. (zit. in: Hübner, 523) Diese Antwort, die nur eine von mehreren verbalen Appellen und Beschlüssen aus dem Jahre 1989, sagt viel aus über das nicht bzw. nicht mehr intakte Verhältnis der SED-Führung zu ihren „Werkträgern“, über das gestörte Verhältnis von Führung und Volk – ein Verhältnis das offensichtlich positiver gewesen war in den 1970er Jahren, und wahrscheinlich auch noch in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, als sich der Lebensstandard noch wahrnehmbar erhöht hatte.

## **Fazit**

Aus der Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der DDR in ihrem 40. Jahr und in dem ihm vorangegangenen Jahrfünft lässt sich schlussfolgern, dass Behauptungen, das Ende der DDR sei 1989 durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch eingeleitet worden bzw. durch eine drastische Verschlechterung des Lebensniveaus hervorgerufen worden, offensichtlich nicht den Tatsachen entsprechen. Das Dilemma, in dem die DDR sich 1989 befand, bestand, was die internen Berichte über die zunehmend unzureichende Erfüllung der Planziele für 1989 zeigen, wohl eher darin, dass wirtschaftlich ein „Weiter so!“ nicht mehr möglich war. Das hatte, entgegen anders lautenden Behauptungen u. a. des Historikers Manfred Wilke, nach denen die Spitzen von „Partei und Regierung“ sich selbst über die wirtschaftliche, soziale und politische Lage in der DDR belogen, wenn sie beispielsweise anlässlich der Kommunalwahlen vom Mai 1989 versuchten, „in der bewährten Tradition des SED-Sozialismus Zustimmung ihres Volkes zu demonstrieren“ (in: Schlichting, 18), auch die SED-Führung erkannt und intern debattiert. Das in diesem Zusammenhang oft zitierte „Schürer-Papier“ ist nur eines der Beispiele dafür (vgl. Schürer, 154-155).

Für den unbedingt notwendig gewordenen Wandel in der Führung von Wirtschaft und Gesellschaft waren jedoch seitens der SED die politischen Voraussetzungen nicht vorhanden, da es nicht gelungen war, mit der Bevölkerung so zu kommunizieren, dass deren in den 1980er Jahre sukzessive verloren gegangenes Vertrauen in das Wirken von „Partei und Regierung“ wieder hergestellt werden konnte. Insofern ist es berechtigt, als Ursache dafür, dass das 40. Wirtschaftsjahr das letzte volle Wirtschaftsjahr der DDR werden sollte, auf das Versagen des politischen Systems der DDR zurückzuführen.

Man kann sich auf den Standpunkt stellen, dass eine Auseinandersetzung über die Frage, warum die DDR untergegangen ist, ob ökonomisch oder politisch bedingt – wie sie im vorliegenden Beitrag andiskutiert wurde – zweitrangig ist

gegenüber der Tatsache, dass sie untergegangen ist. Dieser Auffassung kann ich jedoch nicht zustimmen. Geht man davon aus, dass es sich beim Ende der DDR um eine „Chaotisierung der Ökonomie“ mit politischen Folgen handelte (Joas/Kohli, 74), dass deren Arbeitsorganisation „völlig vermurkst“ war, dass „die Krise des politischen Systems der DDR in entscheidendem Maße als ökonomisch determiniert angesehen werden muss“ (Krumrey, 15,16), dann liegt auf der Hand, dass jeglicher Versuch, eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit dominierendem Gemeineigentum und vorwiegender Lenkung der Betriebe über Gemeinschaftsinstitutionen zu errichten, wie klug die politische Führung das auch eventuell auch anpacken könnte, auf jeden Fall zum Scheitern verurteilt sein muss. Folgt man diesem Gedankengang, dann begreift jeder Betrachter, was Gernot K. Gutmann, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler und in den 1990er Jahren als Sachverständiger bei der Enquête-Kommission zur historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur prominent so formuliert hat: „Man weiß in der Wirtschaftswissenschaft längst, dass ein auf sparsamen Faktoreinsatz und auf hohe Produktivität ausgerichtetes Wirtschaftsgeschehen in der arbeitsteiligen Großgesellschaft nur dann entsteht, wenn Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht“. (Kuhrt, 31-32)

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dem weit verbreiteten Urteil über die DDR-Ökonomie, besonders in ihrem achten Jahrfünft bzw. dem 40. Jahr ihrer Existenz, diese Weisheit zugrunde liegt, und dass die Wirtschaft Ostdeutschlands, das dort mehrere Jahrzehnte lang funktionierende System, in den schwärzesten Farben geschildert werden muss, um beim Leser Sympathien für alternativen Lösungen ökonomischer Probleme des gegenwärtigen Kapitalismus gar nicht erst aufkommen zu lassen. Der auf die DDR spezialisierte Publizist Mathias Wiards hat seine Kritik dieser Haltung treffend so formuliert: „Nicht aber darf das Unterliegen des Realsozialismus schon für ein (normatives) Urteil über ihn genommen werden.“ (Wiards, 21)

So gesehen ist eine realistische Aufarbeitung der ökonomischen Entwicklung der DDR einschließlich der Analyse ihres Endes eine Aufgabe für die Wirtschaftshistoriker mit Bedeutung für die Betrachtung von Gegenwart und Zukunft.

## Literatur

- Bollinger, Stefan (Hrsg.), Das letzte Jahr der DDR, Berlin 2004
- Bundesarchiv (BArch), DY 30. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO)
- Direktive des XI. Parteitage der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986-1990, Berlin 1986
- Hübner, Peter, Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971-1989. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution. Mit einem Essay von Ilko-Sascha Kowalczyk über die Arbeiter in der Revolution 1989/90, Berlin 2014
- Joas, Hans/Kohli Martin, Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/Main 1993



- Kowalczyk, Ilko-Sascha, Revolution ohne Arbeiter? Die Ereignisse 1989/90, in: Hübner, Peter, S. 537-611
- Krumrey, Henning, Aufschwung Ost, Frankfurt/Main 1992
- Kuhr, Eberhard (Hrsg.) in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999
- Mittag, Günter, Referat auf der Kontrollberatung des ZK der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate und den Parteiorganisatoren des ZK am 31. August 1989 in Leipzig (parteinternes Material), Berlin 1989
- Schlichting, Franz-Josef/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Der Anfang vom Ende 1989. Schlussbilanz der DDR-Diktatur
- Schürer, Gerhard, Gewalt und verloren. Eine deutsche Biografie, Frankfurt/Oder 1996
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik '90, Berlin 1990
- Steinitz, Klaus, Wirtschaft bankrott? Die DDR-Ökonomie Ende der achtziger Jahre, in: Bollinger, S. 70-99
- Weber, Hermann, DDR. Grundriss der Geschichte, Hannover 1991
- Wenzel, Siegfried, Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2000
- Wiards, Mathias, Krise im Realsozialismus. Die Politische Ökonomie der DDR in den 80er Jahren, Hamburg 2001